

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Wir sind auf dem richtigen Weg

Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 – Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause markierte mit den Beratungen über den Bundeshaushalt des Jahres 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2014 den Auftakt zur zweiten parlamentarischen Halbzeit dieses Jahres. Nach der Einbringung des Haushaltsentwurfs des Bundes durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in den Bundestag standen die Einzelpläne der Ministerien in den Debatten im Mittelpunkt. Vier Tage lang erörterte der Bundestag in dieser Woche den Haushaltsentwurf in erster Lesung. Das Haushaltsgesetz 2011 mit seinen Anlagen, den 22 Einzelplänen, und der Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 wurden dann im weiteren parlamentarischen Verfahren zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. Die abschließende Lesung im Bundestag wird vom 23. bis 26. November 2010 statt finden.

Bundesfinanzminister Schäuble stellte in seiner Einbringungsrede mit dem Leitmotiv „Solide Staatsfinanzen durch eine wachstumsfreundliche Defizitreduzierung“ Ziele und Strategie der Bundesregierung für den Haushalt 2011 und die Finanzplanung bis 2014 dar. Der durch die Bundesregierung eingebrachte Haushaltsentwurf markiere einen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes, so der Minister. Er machte am Beispiel der Sozialausgaben, dem größten Einzelposten im Bundeshaushalt, deutlich: „Wir machen mit der Wende bei den Ausgaben zum ersten Mal Ernst“. Lagen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2010 noch bei 319,5 Milliarden Euro, so sollen diese sich nach dem vorgelegten Entwurf in 2011 auf 307 Milliarden Euro und in 2012 auf 301 Milliarden Euro reduzieren. Schäuble betonte: „Damit schaffen wir erstens die Voraussetzungen dafür, dass wir das Wachstum der Ausgaben unter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes halten – das ist die entscheidende Größenordnung, um die zu hohe Verschul-

dung dauerhaft zurückzuführen –, und zweitens dafür, dass wir die Neuverschuldung zurückführen.“

In der Generalausprache zur Regierungspolitik, die in der Haushaltswoche traditionell anlässlich der Beratungen über den Etat des Bundeskanzleramtes geführt wird, kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen „Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland“ an. Die Opposition betreibe eine rückwärtsgewandte Politik, die christlich-liberale Koalition habe das Land voran gebracht. Deutschland sei wieder die „Wachstumslokomotive“ in Europa. In den vergangenen Monaten hätten Union und FDP eine Kreditklemme verhindert, die Lohnzusatzkosten stabil gehalten, die Konjunkturprogramme vorangebracht und das Kindergeld erhöht.

Nach zwei Jahren seit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers in den Vereinigten Staaten habe Deutschland ein großes Stück des Weges zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschafft. „Wir haben Grund zur Zuversicht“, stellte Merkel fest. Der Arbeitsmarkt habe sich in der Krise robust gezeigt, die Arbeitslosigkeit sei wieder auf rund drei Millionen gesunken. „Ob zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind oder nicht, das ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit in unserem Land“, hob die Kanzlerin hervor.

In einer kämpferischen Rede setzte sich die Bundeskanzlerin für die Zeit bis 2020 ehrgeizige Ziele: die Rückführung der Schulden, die Verwirklichung des Energiekonzepts, die Gesundheits- und Bundeswehrreform sowie die Sicherung der Sozialsysteme. Mit dem Bundeshaushalt, den die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht hat, werde der Weg solider Finanzen beschritten. "Nicht einzelne haben über die Verhältnisse gelebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, für die Zukunft Vorsorge zu tragen", sagte Merkel.

Stuttgart 21 war Thema im Bundestag

In der Generalaussprache zur Regierungspolitik bekannten sich führende Politiker der Union zum großen Infrastrukturprojekt im Südwesten. Allen voran die Bundeskanzlerin: „Die Grünen sind immer für die Stärkung der Schiene. Wenn es aber einmal um einen neuen Bahnhof geht, sind sie natürlich dagegen.“ An die SPD gerichtet, sagte sie: „Die SPD war jahrelang für Stuttgart 21. Jetzt, wo man ein bisschen dafür kämpfen muss, fangen Sie an, dagegen zu sein. Diese Art von Standhaftigkeit ist genau das, was Deutschland nicht nach vorne bringt. Wir wollen etwas anderes.“ (Hintergrund: In dieser Woche stellte die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einer Volksentscheidung zu stoppen.)

Die Bundeskanzlerin führte weiter aus, dass man bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen keine Bürgerbefragung in Stuttgart brauche. „Vielmehr wird genau die Landtagswahl im nächsten Jahr die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein, die für die Zukunft dieses Landes wichtig sind. Das ist unsere Aussage“, so die Bundeskanzlerin weiter.

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder äußerte sich zu Stuttgart 21. Mit der Opposition sei eine Weiterentwicklung dieses Landes nicht möglich, da gehe es immer nur zurück in die Vergangenheit. Beispielhaft nannte Kauder die Proteste gegen den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof, Stuttgart 21. Bei diesem Projekt gehe es um eine moderne europäische Verkehrsperspektive, nicht nur um einen Bahnhof. Wenn der Neubau verhindert würde, würde die notwendige Modernisierung der Infrastruktur verhindert. Er warf der Opposition verantwortungsloses Handeln vor. „Bei Stuttgart 21 geht es nämlich nicht allein um Stuttgart, sondern es geht um eine große europäische Verkehrsentwicklung, von der nicht nur die Zukunft unseres Landes, sondern auch die Zukunft Europas abhängt. Sie sind gegen das Projekt, obwohl Sie wissen, dass es eine Zukunftsperspektive für Baden-Württemberg, für Deutschland und Europa bietet. Das nenne ich verantwortungslos. Herr Gabriel, man wird nicht richtig schlau, was Sie eigentlich genau wollen. Das ist das eigentlich Schlimme. Ihr Parteifreund Ivo Gönner aus Ulm hat gesagt: Eine Partei, die in schwieriger Situation, wenn es ernst wird, nicht die Kraft hat, zu stehen, ist keine Regierungspartei mehr. - Das hat Ivo Gönner von der SPD gesagt, nicht wir. Ge-

nauso ist es. Wer Entscheidungen mitträgt und zigmals sagt, sie müssten sein, dann aber umfällt, der hat kein Recht, in diesem Land zu regieren; denn er bringt dieses Land nicht voran, sondern wirft es zurück.“

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, und der baden-württembergische Verkehrspolitiker Steffen Bilger haben den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einer Volksentscheidung zu stoppen, als „billigen Populismus“ bezeichnet: „Bis vor kurzem war die SPD selbst noch Verfechter von Stuttgart 21, und maßgebliche Vertreter der Partei haben das Projekt als ‚unumkehrbar‘ bezeichnet. Daran hat sich in den letzten Tagen selbstverständlich nichts geändert: Stuttgart 21 ist demokratisch einwandfrei legitimiert, Gerichte haben zig Klagen gegen das Projekt zugunsten der Projektträger entschieden, die Deutsche Bahn AG als Bauherr hat das Baurecht erworben.“

Die SPD vollzieht jetzt eine 180-Grad-Drehung und verliert damit ihre politische Glaubwürdigkeit: Jetzt das Fähnlein in den Wind zu halten, gegen langjährige Überzeugungen zu handeln und sich mit solchem billigem Populismus bei den Grünen anzubiedern, spricht Bände über eine Partei, die offenbar keinerlei Wert mehr darauf legt, als verlässlich und glaubwürdig zu gelten. Wie die Grünen verhält sich nun auch die SPD absolut unredlich: Beide Parteien suggerieren den Menschen, Stuttgart 21 sei noch zu stoppen – aber das ist es nicht, die Bauarbeiten laufen bereits seit einem halben Jahr. Was wir jetzt in der Sache brauchen, sind Gespräche zwischen Projektbefürwortern und Projektgegnern über die Teile des Projektes, die noch im Detail ausgestaltet werden können – Ministerpräsident Stefan Mappus hat seine Hand ja auch zum Dialog ausgestreckt. Was überhaupt nicht weiterhilft, sind solche populistischen und parteitaktischen Manöver wie das der SPD. Der Antrag der SPD wird ebenso wie die entsprechenden Anträge der beiden anderen Oppositionsfraktionen mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt werden.“

Zitat

«Wir haben einen Haushalt, bei dem immer noch jeder fünfte Euro mit Schulden finanziert ist. Aber wir haben einen Weg eingeschlagen, auf der Grundlage der Schuldenbremse, der genau damit Schluss macht.» (Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Generaldebatte zur Regierungspolitik an diesem Mittwoch)

In eigener Sache

31.08.2010 Ministerpräsident Mappus bei Diehl Aircabin in Laupheim

Ministerpräsident Stefan Mappus besuchte am Dienstag im Rahmen seiner Sommertour mit seinem Mapbus das Laupheimer Werk von Diehl Aircabin. Der Ministerpräsident war fasziniert von der Arbeit des Unternehmens, das in Laupheim die Ausstattung von Flugkabinen produziert, die unter anderem auch im Airbus A380 zum Einsatz kommen.

auf dem Foto (v.l.n.r.): Bürgermeister Wolfgang Dahler (Uttenweiler), Josef Rief, Stefan Mappus, Peter Schneider, MdL und Sparkassenpräsident, Bürgermeister Rainer Kapellen (Laupheim), Franz Romer Ortsvorsteher (Untersulmtingen) Foto: B. Volkholz



03.09.2010 Josef Rief gratuliert zu 125 Jahre Boehringer-Ingelheim

In Ingelheim konnte Josef Rief an den Feierlichkeiten zu 125 Jahren Boehringer-Ingelheim teilnehmen und gratulieren. Rief ist stolz, dass auch der große Standort in Biberach viel zur Erfolgsgeschichte eines der weltgrößten Pharmaunternehmen beitragen konnte. Die Unternehmensspitze versicherte bei einem Gespräch mit Rief und anderen Abgeordneten, dass das Familienunternehmen zuversichtlich in die Zukunft schaue und weiter an innovativen Medikamenten für Mensch und Tier arbeiten wolle.



17.09.2010 Praktikum bei Josef Rief

Svenja Schuchert aus Bad Wurzach und Alexander Stotkewitz aus Bietigheim-Bissingen sind zurzeit Praktikanten im Abgeordnetenbüro von Josef Rief in Berlin. „Hier wird es nie langweilig, denn neben den allgemeinen Büroarbeiten erleben wir die aktuellsten politischen Diskussionen, angefangen auf der Büroebene über tiefgehenden Auseinandersetzungen in Arbeitsgruppen bis zum Plenum.“

Ein speziell für Praktikanten von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entworfenes Programm eröffnet uns außerdem weitere Einblicke in die verschiedensten politischen Einrichtungen, wie z.B. den Bundesrat und die Bundespressekonferenz. Dort gibt es die Möglichkeit, direkt mit politischen Akteuren zu diskutieren.



„Für politisch Interessierte bietet dieses Praktikum die einmalige Möglichkeit, hinter die Kulissen zu schauen.“

Termine von Josef Rief:

18.09.10 - Tag der Heimat in Biberach, Schillerhöhe, 16.00 Uhr

19.09.10 - 200 Blasmusik in Riedlingen, Umzug, 13.30 Uhr

21.09.10 - CDU-Kreistagsfraktion, 19.00 Uhr

22.09.10 - Jakob-Emele-Realschule, Bad Schussenried, 10.00 Uhr